



Protokoll der Informations- und Netzwerktagung 2021

Zahlreicher, älter, diverser Herausforderungen der Demografie

Datum	22. Oktober 2021
Ort	Grossratssaal Basel
Anwesend	<p>Kanton Aargau: Markus Dietschi, Andreas Fischer, Alfons Kaufmann, Markus Lang, Sander Mallien, Christian Minder, Claudia Rohrer, Rahela Syed</p> <p>Kanton Basel-Landschaft: Simone Abt, Andreas Bammatter, Markus Dudler, Dieter Epple, Christoph Hänggi, Felix Keller, Heinz Lerf, Bianca Maag-Streit, Peter Riebli, Urs Roth, Marc Scherrer, Regula Steinemann (Landratspräsidentin), Béatrix von Sury d'Aspremont, Mirjam Würth, Ursula Wyss Thanei</p> <p>Kanton Basel-Stadt: Catherine Alioth, Oliver Bolliger, Sandra Bothe, Tim Cuénod, Raffaella Hanauer, Marianne Hazenkamp, Christoph Hochuli, Laurin Hoppler, Beatrice Isler, David Jenny (Grossratspräsident), Andrea Elisabeth Knellwolf, Michelle Lachenmeier, Niggi Rechsteiner, Michela Seggiani, Johannes Sieber, Nicole Strahm-Lavanchy, Oliver Thommen, Joël Thüring, Beat von Wartburg</p> <p>Kanton Bern: Karin Berger-Sturm, Stefan Costa, Karin Fisli, Hervé Gullotti (Grossratspräsident), Anita Herren-Brauen, Ursula Marti, Andrea Rüfenacht, Walter Schilt, Martin Schlup, Sarah Gabi Schönenberger</p> <p>Kanton Solothurn: Kuno Gasser, Karin Kälin, Adrian Läng, Susanne Koch, Barbara Leibundgut, Farah Romy, Hugo Schumacher (Kantonsratspräsident), Nadine Vögeli, Hansueli Wyss, Marianne Wyss-Jäggi</p> <p>Colin Kuss (Parlamentsdienst Aargau), Rahel Ommerli (Leiterin Parlamentsdienst Aargau), Silvia Stucki (Gemeinderat Allschwil), Heinrich Ueberwasser (alt Grossrat BS und IPK-Präsident 2020); Beat Flury (Leiter Parlamentsdienst BS)</p>
Referentinnen	<p>Gertrud Häseli, Vorstand Wohnbaugenossenschaft Wittnau, Grossrätin Kanton Aargau und Gemeinderätin</p> <p>Johanna Probst, Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration</p> <p>Barbara Alder, Leiterin Fachstelle Grundlagen & Strategien, Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement Basel-Stadt</p> <p>Céline Neuenschwander, Researcher Smart Government, Avenir Suisse</p>
Moderation	Lisa Stalder
Protokoll	Georg Schmidt
Beilage	Foliensatz

Traktandenliste

Grussbotschaft von **David Jenny**, Präsident des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt

Begrüssung und Einleitung durch **Michelle Lachenmeier**, Grossrätin des Kantons Basel-Stadt, Präsidentin der IPK Nordwestschweiz

Einführung ins Thema durch **Lisa Stalder**

Ein Beispiel aus der Praxis

Referat **Gertrud Häseli**, Vorstand Wohnbaugenossenschaft Wittnau, Grossrätin Kanton Aargau und Gemeinderätin: «Was eine Wohnbaugenossenschaft mit der Demografie zu tun hat»

Die nationale Perspektive

Referat **Johanna Probst**, Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration: «Zahlreicher, älter, diverser – auch nach 2020?»

Der Blickwinkel eines Kantons

Referat **Barbara Alder**, Leiterin Fachstelle Grundlagen & Strategien, Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement Basel-Stadt: «Demografischer Wandel – lokale Antworten in Basel-Stadt»

Die Generationen-Perspektive

Referat **Céline Neuenschwander**, Researcher Smart Government, Avenir Suisse: «Es wird ernst mit dem demografischen Wandel!»

Diskussionsrunde

Information zur Änderung der IPK-Vereinbarung

Wahl des IPK-Präsidiums 2022 und 2023 (Kanton Bern)

Schlusswort der Präsidentin

Stehlunch

1. Grussbotschaft von **David Jenny**, Grossratspräsident des Kantons Basel-Stadt

David Jenny begrüsst die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zur IPK-Tagung. Es ist erfreulich, dass man wieder in ungezwungener Art freundschaftlich die bi- und multikantonale Verbundenheit pflegen kann. Vor zwei Tagen hat der Grosse Rat Basel-Stadt das Ratsbüro Zug empfangen dürfen – und gestern durfte der Redner zur Demokratiekonferenz nach Aarau reisen. Auch der Basler Grosse Rat konnte vor zwei Tagen wieder in diesen Saal zurückkehren – mit einer allgemeinen Maskenpflicht. Auf dem Weg der dringlichen Gesetzgebung hat er aber eine Regelung eingeführt, welche jenem des Bundesparlaments entspricht: Ab der kommenden Sitzung dürfen sich alle Zertifizierten ohne Maske einfinden.

Der Redner wurde nach der Sitzordnung gefragt. Es ist für ausserkantonale Gäste ungewohnt, dass man primär nach Wahlkreisen sitzt und sekundär nach Parteien respektive Fraktionen; sodass auch ungewohnte Begegnungen in diesem Saal möglich sind. Es ist zu hoffen, dass sich auch die Gäste des IPK-Anlasses völlig freigemischt haben und den ungezwungenen Austausch pflegen können.

Der Titel der Tagung lautet «Zahlreicher, älter, diverser. Herausforderungen der Demografie». Der Kanton Basel-Stadt hat in den letzten Jahren zwar an Einwohnerinnen und Einwohnern zugelegt – aber nicht genügend, um den fünften Nationalratssitz zu sichern. Der Redner kann sich noch lebhaft an die Zeiten erinnern, als Basel acht Nationalratssitze hatte. Die Demografie hat die Bedeutung des Kantons also in 50 Jahren halbiert. Die Teilnehmenden der Tagung sind somit Gast in einem Kanton, der das Opfer demografischer Entwicklungen wurde. – Bis vor einigen Jahren hiess das Schlagwort, das die demografische Diskussion in Basel prägte: AAAA. Damals wurde prognostiziert, dass die Armen, Arbeitslosen, Alten und Ausländer in den Städten wie Basel zurückbleiben würden. 2019 stellte AvenirSuisse aber fest, dass die angeblichen AAAA-Städte gut aufgestellt sind. Heute wiederum hört man, als Folge der Covid-Pandemie habe eine Auswanderung aus den Städten eingesetzt. Man sieht: Das

Erkennen demografischer Trends ist für die Politik höchst relevant. Wenn man über Schulhausprogramme in der Höhe von mehreren CHF 100 Mio. entscheidet, so tut man dies auch gestützt auf demografische Voraussagen. Dasselbe gilt in der Alterspolitik und in weiteren Politikbereichen. Und es gibt manchmal Interpellationen, in denen gefragt wird: «Warum nur hat man dies nicht vorhergesehen?» Da ist man immer auf die Antworten der Regierung gespannt.

Die Trends sind in einem gewissen Umfang steuerbar. Rahmenbedingungen können verändert werden. Dass es aber viele Faktoren gibt, die sich dem Zugriff kantonaler, aber auch eidgenössischer Einflussnahme entziehen, ist allen bewusst. – Der Redner ist nun gespannt auf die Referate und die Diskussion.

2. Begrüssung und Einleitung durch **Michelle Lachenmeier**, Mitglied des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt, Präsidentin der IPK Nordwestschweiz

Michelle Lachenmeier begrüsst die Besucherinnen und Besucher, namentlich die Ratspräsidenten, sowie die Referentinnen und dankt vorab dem baselstädtischen Grossratspräsidenten David Jenny für die Grussbotschaft. – Beim Stöbern in den Protokollen der letzten IPK-Tagungen ist aufgefallen, dass die Vorsitzenden jeweils erläutert haben, was die IPK für ein Gebilde ist und welche Funktion sie wahrnimmt. Es soll heute aber bewusst darauf verzichtet werden, die IPK im Detail vorzustellen. Dies aus gutem Grund: Die Parlamente aller fünf Vertragskantone haben jüngst ein Geschäft zur IPK-Vereinbarung behandelt. Deshalb darf man davon ausgehen, dass die IPK, ihre über 40-jährige Geschichte, ihre Zusammensetzung und Funktion bestens bekannt sind. Und die allermeisten der Anwesenden haben der Revision der IPK-Vereinbarung wohl zugestimmt – vielen Dank. Das Thema soll am Ende der Tagung nochmals angesprochen werden.

Auch die heutige Tagung findet kantons- und parlamentsübergreifend statt und dient dem Informationsaustausch zu einem für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier relevanten Thema; und sie dient auch dem kantons- und parteiübergreifenden Netzwerken. In Zeiten von

Corona ist das Netzwerken eine besondere Herausforderung – es sind alle ein wenig aus der Übung gekommen.

Das Vorbereitungsteam hat es sich nach der Absage der Tagung im Jahr 2020 nicht einfach gemacht mit dieser Tagung – und alle Eventualitäten durchgedacht. Eine neuerliche Absage sollte auf alle Fälle vermieden werden. Um Planungssicherheit zu erlangen, hat man sich für einen Zertifikatsanlass entschlossen, damit die Teilnehmenden nicht nur die Referate hören dürfen, sondern auch den gesellschaftlichen Teil gemeinsam begehen können.

Bei der Planung der Tagung durfte man auf die bereits geleistete Vorarbeit zurückgreifen und davon profitieren. Bereits an dieser Stelle soll ein besonderer Dank an Heiner Ueberwasser, den letztjährigen Präsidenten der IPK, gehen. Er hat die Tagung 2020 mit grossem Engagement organisiert und musste sie leider im letzten Moment absagen. Da das Thema auch ein Jahr später noch wichtig ist, wurde entschieden, es beizubehalten und auch die Referentinnen erneut anzufragen.

Nach vielen Jahren mit Podien, die wohl fast ausschliesslich von Männern bestritten wurden, ist es ausserordentlich erfreulich, dass heute allesamt Referentinnen sprechen werden. Es wurde nicht gezielt nach Referentinnen gesucht, bei den Anfragen an die betreffenden Stellen und Organisationen ist die Vorbereitungsgruppe aber überall an kompetente Frauen gelangt. Wobei man zugeben muss, dass die Tagung mit dieser Podiumszusammensetzung insbesondere dem dritten Schlagwort des Tagungstitels – «diverser» – nicht ganz gerecht wird. Es wird um Nachsicht gebeten.

Damit soll es nun um das Tagungsthema gehen. Die Tagespolitik, sei es auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene, hat ein rasantes Tempo. Die demografische Entwicklung verläuft demgegenüber sehr langsam; so langsam, dass sie es eher selten auf die politische Agenda und Tagesordnung schafft. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben neben den aktuellen Geschäften kaum Zeit, sich mit den grossen Fragen auseinander zu setzen, Statistiken und Zahlen zu wälzen und den Überblick zu behalten. Dies ist zumindest eine persönliche Erfahrung. Genau hier soll die Tagung ansetzen: Es sollen Grundlagen für die politische Arbeit mitgegeben werden – in der Hoffnung, dass die Anwesenden ihren politischen Rucksack mit neugewonnenen Kenntnissen füllen können. Vielleicht gibt es den ein oder anderen Anstoss

oder Aha-Effekt, wo sich politisch noch zu wenig bearbeitete Handlungsfelder befinden, die angegangen werden müssen.

Klar scheint wohl einzig, dass es für den Umgang mit dem demografischen Wandel keine einfachen und schnellen Lösungen gibt. Der demografische Wandel kann in gewissen Bereichen Chancen bieten, Platz frei machen für kreative Ansätze, dies insbesondere dann, wenn früh genug gehandelt wird. Auf der anderen Seite birgt der demografische Wandel auch Risiken und verursacht Handlungsdruck, der auch unbequem sein kann.

Ob es einen «Generationenvertrag» gibt und was sein Inhalt ist, sei bewusst dahingestellt. Spätestens die vierte Referentin wird darauf eingehen und wohl alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer etwas aus unserem Wohlfühlprogramm herausholen und Forderungen stellen, die vor allem von der älteren Generation als provokativ empfunden werden könnten.

Nun geht das Wort an Lisa Stalder. Sie hat in Bern und in Belfast Englische Sprach- und Medienwissenschaften studiert. Während 14 Jahren war sie in verschiedenen Funktionen beim «Bund» tätig. Heute arbeitet sie als selbständige Journalistin, Moderatorin und Autorin. Sie lebt mit ihrer Familie in Bern. Sie wird uns durch den nächsten Teil leiten.

3. Einführung ins Thema durch **Lisa Stalder**

Lisa Stalder sagt herzlich Dankeschön an David Jenny und Michelle Lachenmeier für die einleitenden Worte und heisst die Anwesenden ganz herzlich willkommen zur IPK-Tagung. «Zahlreicher, älter, diverser» – der Titel dieser Tagung deutet es an: Die Bevölkerungszahlen werden weiter zunehmen, die Menschen werden älter, zudem wird sich die Zusammensetzung der Bevölkerung durch die Migration verändern. Das hat Auswirkungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Und das spüren besonders die Gemeinden und Kantone. Was braucht es also, um für die Veränderungen gewappnet zu sein? Welche Rolle fällt dabei der Politik zu? Was sind Themen, die besonders schnell angegangen werden müssen? Und was sind mögliche Lösungsvorschläge? Wer finanziert sie? Diese und viele weitere Fragen sollen behandelt und wenn möglich gleich beantwortet werden – zuerst im Rahmen von vier Referaten, anschliessend an einer Podiumsdiskussion.

4. Referat **Gertrud Häseli**, Vorstand Wohnbaugenossenschaft Wittnau/Grossrätin Kanton Aargau und Gemeinderätin: «Was eine Wohnbaugenossenschaft mit der Demografie zu tun hat»

Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 5 bis 11)

Gertrud Häseli freut sich, mit einem sehr praxisbezogenen Projekt in die Tagung einsteigen zu können. Wittnau zählt 1200 Seelen, liegt im oberen Fricktal und grenzt an Kienberg (SO) und Rothenfluh (BL). Es ist ein bäuerliches Dorf, hat aber auch Gewerbe. Viele Leute arbeiten in der Region – zwischen Zürich und Basel gelegen gibt aber auch in der weiteren Umgebung viele Arbeitsplätze.

Folie 6

Die Wohnbaugenossenschaft wurde als private Initiative gegründet. Der Zweck war es, das Thema Wohnen im Alter umzusetzen. Dies anzupacken war nicht ganz einfach. Es gab anfänglich ein Projekt mit der Landi, das aber verworfen wurde. Schliesslich hat sich eine Gruppe gebildet, welche das Projekt übernommen hat. Inzwischen sind 150 Genossenschafterinnen und Genossenschafter beteiligt. Das Kapital wird also vorab privat aufgebracht, die politische Gemeinde beteiligt sich mit CHF 200 000 und die katholische Kirchgemeinde mit CHF 100 000.

Das Projekt heisst «Wohnen für Generationen». Es war von Anfang an klar, dass man die Wohnungen nicht alleine an Seniorinnen und Senioren vermieten kann. Die Geldgeber sind aber eher im Seniorenalter. Das zeigt, dass das Geld in dieser Altersgruppe vorhanden ist. Der Wille, in eine kleinere Wohnung umzuziehen, war aber doch etwas weniger gross. Die Genossenschaft umfasst 22 Wohnungen, 5 sind von Leuten im Pensionsalter bewohnt, die übrigen werden von Einzelpersonen und Familien genutzt. Die Genossenschaft hat Neubauten errichtet und zwei alte Liegenschaften integriert. Es ist ein CHF-10-Mio.-Projekt. Der Vorstand der Genossenschaft setzt sich ausschliesslich aus Laien zusammen; es sind keine Baufachleute dabei. Die Verwalterin hat aber eine kaufmännische Ausbildung und eine Weiterbildung in Immobilientreuhand absolviert. Ein Architekt hat das Projekt ausgearbeitet, die Genossenschaft hat es begleitet. Aus Sicht der Rednerin ist es sehr gut gelungen.

Folie 7

Das Bild zeigt die alte und umgebaute Liegenschaft (ein Bauernhaus), die ebenfalls zur Genossenschaft gehört. Liegenschaft und Land konnten von einer Erbgemeinschaft erworben werden. Wichtig für das Wohnen im Alter ist die zentrale Lage im Dorf. Es werden aber keine Leistungen wie eine Betreuung angeboten; das muss von der Spitex eingekauft werden. Solche Ideen à la Haus-Service wurden zwar überlegt, dann aber verworfen – weil es für eine Genossenschaft unbezahlbar ist.

Folie 8

Die Wohngemeinschaft hat eine vielfältige Bewohnerstruktur – die Örtlichkeit erlaubt eine Teilnahme an den gemeinsamen Aktivitäten. Die Verwalterin ist immer zur Stelle und macht auch gute Stimmung. Bei den Bauarbeiten hat man auf regionale Handwerker und Materialien gesetzt. – Der Preis der Wohnungen ist auf dem regionalen Niveau. Man will mit der Zeit aber leicht unter den Durchschnittspreis gelangen; zumal man das Geld im Projekt behalten kann.

Folie 9

Es sind viele praktische Fragen, mit denen sich der Vorstand auseinandersetzen muss. Man findet aber kostengünstige und dienliche Lösungen. Anstelle einer Mietzinssenkung kann man etwa Einbauschränke verwirklichen.

Folie 10

Die Gründung einer Genossenschaft kann allseitig empfohlen werden. Es braucht eine gewisse Risikobereitschaft – aber im Immobilienwesen hat man ja immer eine Rendite. Der Gewinn geht teils an die Genossenschaftler; die Modalitäten mussten sich aber erst einspielen; sodass es in den ersten drei Jahren wegen der anfallenden Kosten keinen Zins auf das Genossenschaftskapital gab. Man will auch die Möglichkeit schaffen, dass weitere Leute aus der Umgebung sich am Projekt beteiligen.

Folie 11

Die Vielfalt der Leute kommt in der Genossenschaft sehr gut zum Tragen. Es gibt auch keine Leerstände. Die Partizipation schafft viel Vertrauen – Projekte von grossen Baufirmen sind viel beziehungsloser. Die Genossenschaft bietet Wohnraum für jeden Lebensabschnitt. Der Wunsch aber, dass Leute, die ein Eigenheim besitzen, in eine kleinere Wohnung umziehen (und den grösseren Wohnraum für Familien freigeben), hat sich nicht ganz erfüllt. Eigentumswohnungen hat man aber nicht im Paket;

weil man es als nicht zum genossenschaftlichen Gedanken passend ansieht. Es gibt aber Genossenschaften, welche Eigentums- und Mietwohnungen im gleichen Paket anbieten. Es gibt lokal auch einen privaten Investor, der solches Wohneigentum schafft; das wird sicher zu vergleichbaren Wohnformen führen.

Beatrice Isler (BS) fragt, ob wirklich alle Generationen vertreten sind.

Gertrud Häseli bestätigt dies. Man ist weit entfernt von einem «Alters-Ghetto». – Wenn man ein solches Projekt umsetzen will, braucht es Leute, die das Feuer entfachen können. Das nötige Geld kommt schon zusammen. Und eine regionale Abstützung ist ein Gebot der Stunde. Es besteht ja auch die Möglichkeit, dass sich einige Familien zusammenschließen und ein Projekt entwickeln, das sich auch selber nutzen. Machen Sie den Schritt!

Tim Cuenod (BS) stellt fest, dass Genossenschaften oft nicht billiger sind als andere Wohnungen auf dem Markt. Viele ältere Leute wohnen aber günstig, weil sie bereits lange Jahre an einem Ort zu Hause sind. Besteht die Hoffnung, dass mittelfristig sinkende Zinsen mehr Leute dazu bringen, in die Genossenschaft zu ziehen?

Lisa Stalder möchte diese Frage gerne für die Podiumsdiskussion aufsparen.

5. Referat **Johanna Probst**, Bundesamt für Statistik, Sektion Demografie und Migration: «Zahlreicher, älter, diverser – auch nach 2020?»

Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 12 bis 39)

Folie 13

Johanna Probst sagt vorab, dass ihr Vorgänger im Amt, der inzwischen pensionierte Marcel Heiniger, in seiner Anfang 2020 für diese Veranstaltung vorbereiteten Rede folgende Schlussfolgerung vorgesehen hat: «Die Zukunft der Bevölkerung der Schweiz ist bereits weitgehend vorprogrammiert». Hat uns die Pandemie eines Besseren belehrt? Oder ändert sie in Wirklichkeit wenig an den grossen Trends? Wie ausgeprägt sind die «disruptiven Entwicklungen», welche (auch) Gegenstand dieser Tagung sind? Im Kontext dieser Fragen soll nicht zuletzt das

Jahr 2020 speziell beleuchtet werden, aber auch ein Blick in die Zukunft unternommen werden.

Folie 14

«Zahlreicher» ist der wichtigste und augenscheinlichste Trend der Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz (und darüber hinaus!). – Aus demografischer Perspektive stecken in diesem «zahlreicher» auch die Adjektive «älter» und «diverser».

Folie 16

«Zahlreicher» stimmt in der Tat: Seit Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Bevölkerung der Schweiz von 2,6 Millionen auf 8,7 Millionen (8 670 300) Personen angestiegen und hat sich somit verdreifacht. Auf der Grafik sieht man nicht den Bestand, sondern die jährlichen Veränderungen («Bewegungen»). Zwei Faktoren beeinflussen die Bevölkerungsentwicklung: die «natürlichen Bewegungen» (Geburten und Todesfälle) und die Migration (Ein- und Auswanderung). Für beide Faktoren wird jährlich durch den Geburtenüberschuss (grüne Linie) und den Wanderungssaldo (blaue Linie) der Saldo bestimmt. Die Differenz aus beiden Elementen bildet die Veränderung (gelbe Linie). Bis ca. 1945 folgt die Veränderung (gelb) dem Geburtenüberschuss (grün), fortan wird ihr Verlauf vielmehr vom internationalen Wanderungssaldo (blau) diktiert. Die internationale Migration ist also spätestens seit dem Ende des Babybooms der wichtigste Wachstumsfaktor.

Folie 17

Die natürliche Bevölkerungsbewegung lässt sich einerseits absolut betrachten (orange Fläche, linke Skala): Die absolute Anzahl der Lebendgeburten pro Jahr fluktuiert, liegt heute aber auf ähnlichem Niveau wie 1900 (ca. 85 000 pro Jahr). Die absolute Anzahl der Todesfälle nimmt stetig zu (mehr Personen erreichen ein hohes Alter), und im Jahr 2020 zählte man die Rekordzahl von 76 000 Todesfällen. – Man kann diese Zahlen aber auch relativ zur Bevölkerung betrachten (blaue Linie, rechte Skala): Sowohl die Geburtenhäufigkeit als auch die Sterblichkeit sind in der Schweiz im letzten Jahrhundert relativ rückläufig. Die hohe Geburtenziffer (Geburten pro 1000 Einwohner-innen) ging seit 1990 von knapp 30 Promille auf noch knapp 10 Promille zurück. Auch die zusammengefasste Geburtenziffer (Anzahl Kinder pro Frau im zeugungsfähigen Alter, hier nicht dargestellt) sank in diesem Zeitraum und liegt seit 30 Jahren bei ca. 1,5 und

somit deutlich unter der zum Ersatz der Eltern-generation nötigen Anzahl von ca. 2, 07.

Die hohe Sterbeziffer (Todesfälle pro 1000 Einwohner-innen) ist rückläufig, in den letzten Jahren liegt sie bei ca. 8 Promille (2020: 8,8 Promille).

Folie 18

Betrachtet man nun den Geburtenüberschuss (gelber Balken), also den Saldo aus Geburten und Todesfällen, so ist er jedes Jahr positiv (mehr Geburten als Todesfälle). Zwischen 2019 und 2020 ist der Geburtenüberschuss jedoch eingebrochen wie noch nie zuvor. Dies liegt am sprunghaften Anstieg in der Anzahl Todesfälle im Pandemiejahr 2020 (blaue Linie). Die Anzahl Geburten (grüne Linie) im Jahr 2020 ist von der Pandemie (bislang) weitgehend unbeeindruckt, die Entwicklung 2021 bleibt abzuwarten.

Folie 19

Die Migration ist die zweite Komponente der Bevölkerungsentwicklung. Der Wanderungssaldo fluktuiert relativ stark bzw. wesentlich mehr als der Geburtenüberschuss, er reagiert schneller und heftiger auf die sozio-politische Veränderungen. 2020 gab es insgesamt – wenig erstaunlich – weniger internationale Wanderungen: Zwischen 2019 und 2020 ist die Auswanderung (blaue Linie) um 13,3 % gesunken, was der grösste je verzeichnete Rückgang der Auswanderungen ist (er ist seit 1981 dokumentiert). Auch die Einwanderungen (grüne Linie) sind gesunken, aber nur sehr leicht im Vergleich zum Vorjahr. Deshalb verzeichnet die Schweiz für 2020 trotz Pandemie einen vergleichsweise hohen Wanderungssaldo (gelber Balken).

Folie 20

Natürliche Bewegungen und Migration zusammen betrachtet erhält man den gesamten Bevölkerungszuwachs (gelbe Linie und Höhe des gestapelten Balkens) – er ist weniger auf den Geburtenüberschuss als auf die Migration zurückzuführen.

Folie 21

Regional besteht ein unterschiedliches Bevölkerungswachstum: Die Nordwestschweiz liegt insgesamt im Mittelfeld, AG hat ein besonders dynamisches Wachstum (+ 9 %).

Folie 23

Der Blick auf die sogenannte «Alterspyramide» zeigt, dass sie längst nicht mehr die Form einer

Pyramide hat. Die Altersstruktur wird beeinflusst von der Geburtenhäufigkeit (Einfluss auf die Form der Basis der Pyramide), der Lebenserwartung (an der Spitze der Pyramide) und den Wanderungen (in der Mitte der Pyramide und schliesslich auch an der Basis der Pyramide – Ausländer-innen sind tendenziell jünger und haben mehr Kinder pro Frau). Die Pandemie hatte vor allem einen Einfluss auf die Spitze der Pyramide, der jedoch mit blossem Auge kaum zu erkennen ist (Linie = 2019, Balken = 2020).

Folie 24

Für die Beobachtung der demografischen Alterung sind der Alters- und der Jugendquotient zwei wichtige Indikatoren (in der Legende wird die Berechnung abgebildet). Der Altersquotient bezeichnet das Verhältnis der 65-jährigen und älteren Personen zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. das Verhältnis der Anzahl Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich nicht mehr aktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Der Jugendquotient benennt Verhältnis der 0- bis 19-Jährigen zu den 20- bis 64-jährigen Personen, d.h. das Verhältnis der Anzahl junger Menschen in einem Alter, in dem man im Allgemeinen wirtschaftlich noch nicht aktiv ist, zur Anzahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Laut Referenzszenario werden sich die beiden Linien im Jahr 2025 kreuzen (Schweiz). In einigen Kantonen liegt der Altersquotient bereits seit mehreren Jahren über dem Jugendquotient, darunter auch in den vier Kantonen der Nordwestschweiz (Basel-Stadt, seit über 20 Jahren, sehr geringer Jugendquotient; Basel-Land und Bern seit ca. 10 Jahren; Solothurn seit knapp 5 Jahren).

Folie 25

BL ist knapp nach dem Tessin der Kanton mit dem höchsten Altersquotienten: 2020 kommen 38,3 über 64-Jährige auf 100 20-64-Jährige. Unter den Kantonen der Nordwestschweiz liegt nur Aargau knapp (= 29,5) unter dem Wert der Gesamtschweiz.

Folie 26

Ein weiterer wichtiger Indikator für Langlebigkeit und Gesundheit ist die Lebenserwartung (was nicht mit dem durchschnittlichen Sterbealter zu verwechseln ist). Auf der Grafik sieht man den langsamen, aber deutlichen Anstieg der Lebenserwartung bei Geburt der Frauen und Männer. Der einzige deutliche Knick ist die Spanische Grippe 1918. Verglichen damit ist die Le-

benserwartung im Pandemiejahr 2020 nur leicht zurückgegangen. Das liegt unter anderem daran, dass der Indikator der Lebenserwartung bei der Geburt von den Sterbefällen im hohen Alter wenig beeinflusst wird (Covid ist vor allem für die hohen Altersgruppen lebensgefährlich, während an der Spanischen Grippe vor allem Menschen zwischen 20 und 40 Jahren starben). Betrachtet man allerdings die Lebenserwartung *ab 65 Jahren* ist der Rückgang wesentlich deutlicher (Frauen: 22,7 → 22,2 / Männer: 20,0 → 19,3). – Fazit: Die Rekordzahl von Todesfällen im Jahr 2020 und der leichte Rückgang der Lebenserwartung ändern nichts am allgemeinen Trend der Alterung. Die Lebenserwartung wird in den kommenden Jahren voraussichtlich aufgeholt werden. Eine andere Frage ist, wie die Pandemie – bzw. ihre Folgen – in den kommenden Jahren das generative Verhalten und die Wanderung beeinflussen wird.

Folie 27

Das Adjektiv «divers» verweist auf verschiedene Dimensionen menschlicher Unterschiedlichkeit (z. B. auch die Geschlechtsidentität), wird jedoch im öffentlichen Diskurs meist mit Migration in Verbindung gebracht. Punkto Sprache, Religion und Kultur war die Schweiz aber schon immer divers. Diese Diversität wird jedoch in den vergangenen Jahrzehnten durch die internationale Zuwanderung deutlich verstärkt.

Folie 28

Verschiedene Statistiken des BfS dokumentieren die Migrationslandschaft der Schweiz und das Zusammenleben ihrer diversen Bevölkerung, etwa die Quantifizierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Die Bevölkerungstypologie «Migrationsstatus» wurde 2011 im BfS auf Grundlage internationaler Empfehlungen entwickelt. Sie kombiniert zwei andere, geläufigere Typologien, nämlich die nach der Staatsangehörigkeit und die nach Geburtsland, und berücksichtigt auch die Migrationserfahrung der Elterngeneration. Der Migrationsstatus wird aufgrund drei persönlicher Merkmale bestimmt (für Personen der ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren): aktuelle Staatsangehörigkeit und Staatsangehörigkeit bei Geburt, Geburtsort der Person, Geburtsort der Eltern. Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der ständigen Wohnbevölkerung nimmt langsam, aber stetig zu. 2020 betrug er 39 %. Der gelbe Abschnitt im Balkendiagramm wird länger, so-

wohl absolut als auch im Verhältnis zum orangen Balken betrachtet.

Folie 29

Hinsichtlich der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es grosse Unterschiede zwischen den Kantonen. Die Farbe auf der Folie zeigt den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der gesamten ständigen Wohnbevölkerung ab 15 Jahren. Grüne Kreisdiagramme zeigen die absolute Anzahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aufgeteilt nach Einwanderungsgeneration. Es bestehen grosse Differenzen zwischen den Kantonen der Nordwestschweiz: BS hat einen doppelt so hohen Anteil wie BE. Grosse kantonale Unterschiede gibt es aber auch schweizweit: GE hat mit 61 % den höchsten Wert, AI mit 9 % den geringsten.

Eine Besonderheit kennzeichnet SO – ein vergleichsweise hoher Anteil Personen der zweiten Migrationsgeneration (über ein Viertel).

Folie 30

Zu Anfang der Präsentation wurde festgestellt, dass die Migration schneller und heftiger auf Veränderungen im soziopolitischen Kontext reagiert als die natürlichen Bevölkerungsbewegungen. Somit ist ein genauere Blick auf die Migration im Pandemiejahr 2020 interessant. Die Pandemie soll hier beispielhaft für einen «exogenen Schock» stehen. 2020 war des Jahr des Stillstands, auch im Bereich der Migration und vor allem der *Mobilität*: Es gab aufgrund der zur Bekämpfung der Pandemie ergriffenen Massnahmen weniger internationale Mobilität.

Folie 31

Dieser gefühlte «Stillstand» infolge der Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ändert jedoch nichts am allgemeinen Trend einer kosmopolitischen werdenden Schweiz. Wie wir am Jahr 2020 sehr gut sehen, führen Beschränkungen der grenzüberschreitenden Mobilität auch und vor allem dazu, die kurzfristige Migration, insbesondere die Pendel- und Zirkulärmigration, zu verringern. Die Grafiken zeigen die Anzahl Ein- und Auswanderungen nach Nationalitätengruppen (Zeitraum 2015-2020 – Vorsicht: Die Grafiken haben nicht die gleichen Skalen auf der y-Achse. Es geht um den Vergleich der Ein- und Auswanderung vor und während der Pandemie.) Das Niveau der internationalen Wanderungen ist 2020 insgesamt gesunken (weniger Aus- und Einwanderungen in allen Nationalitätengruppen, jedoch deutlicherer Rückgang der Auswande-

rung!). Besonders interessant ist der Fall der Schweizer Staatsangehörigen: Zwischen 2019 und 2020 ist nur bei der Einwanderung von Schweizer Staatsangehörigen in die Schweiz (= Rückkehr) eine Zunahme zu verzeichnen (grüner Pfeil). Der Rückgang der Auswanderung zwischen 2019 und 2020 war für die Schweizer Staatsangehörigen besonders deutlich.

Folie 34

Die beobachtete Bevölkerungsentwicklung des Jahres 2020 – Stichwort «mehr» – liegt nur geringfügig unter dem Referenzszenario, ja, in der Nähe des tiefen Szenarios (gelbe Linie).

Folie 35

Betrachtet man allein die Wohnbevölkerung 65+ liegt die beobachtete Entwicklung des Jahres 2020 sogar etwas unter dem tiefen Szenario (gelbe Linie).

Folie 36

Der Wanderungssaldo des Jahres 2020 liegt über dem Referenzszenario, jedoch innerhalb der Projektionsspanne.

Folie 38

Die grossen demografischen Trends werden von der Pandemie vermutlich nicht gebrochen, wie man bilanzierend festhalten kann.

6. Referat **Barbara Alder**, Leiterin Fachstelle Grundlagen & Strategien, Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement Basel-Stadt: «Demografischer Wandel – lokale Antworten in Basel-Stadt»

Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 40 bis 55)

Folie 41

Barbara Alder sagt, sie spreche speziell die Sichtweise eines *Stadtkantons* an; die Grundlagen für die Entwicklung werden zusammen mit den Fachdepartementen erstellt.

Folie 43

Die Trias «zahlreicher, älter, diverser» trifft den Sachverhalt des Wandels sehr gut. Basel hat aber schon lange eine ältere Kernbevölkerung.

Folie 44

Der Wohnraum z.B. muss sehr vielen Ansprüchen genügen. Die Infrastruktur muss ebenfalls an die Ansprüche angepasst werden. Viele Parameter machen den sozialen Zusammenhalt aus.

Folie 45

Spätestens seit 2005 wächst die Bevölkerung in BS wieder – aber wie gehört weniger stark als in anderen Kantonen. In den letzten Monaten zeigte sich ein relativ kleiner Rückgang; dies dürfte aber keine Trendwende sein. Man wird aufgrund der internationalen Arbeitssituation weiterhin eine Zuwanderung haben. Diese kurzfristige Entwicklung mag der Pandemie geschuldet sein. Die Stadt dürfte aber wieder an Attraktivität gewinnen.

Folie 46

Die Szenarien basieren auf Hypothesen. Dabei geht es etwa um die Frage, ob man genügend Wohnraum für mehr Menschen hat (sodass ein Bevölkerungswachstum überhaupt erst möglich ist). Man sieht die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Entwicklungen an. Der Blick ist also interdisziplinär und mehrschichtig; darauf aufbauend werden die Szenarien abgeleitet. – Das mittlere («Trend»-)Szenario schreibt die Entwicklung der Vergangenheit fort. Dies bildet eine Grundlage für die Planung. – Die Corona-Zahlen konnten vom Statistischen Amt noch nicht eingeflochten werden.

Folie 47

Im Vergleich zu BL und AG ist der BS-Altersquotient tiefer. Das Thema wirft aber essenzielle Fragen für die Gesellschaft auf, etwa, wie man die Arbeit und die finanziellen Lasten verteilt. Warum ist der Anstieg moderat? BS startet mit einem bereits hohen Quotienten – und ist zugleich attraktiv für die internationale Zuwanderung (tendenziell 20 bis 40 Jahre).

Folie 49

«Ausländerinnen und Ausländer» meint Menschen, die keinen Schweizer Pass haben – was aber nichts über deren Befähigungen aussagt. Wer zudem in einem Bergdorf in der Schweiz aufgewachsen ist, hat eine andere kulturelle Prägung als jemand, der im Kleinbasel aufgewachsen ist. Punkto kulturelle Vielfalt und Diversität der Gesellschaft ist die Frage des Ausländeranteils nur ein Aspekt.

Folie 50

Das mittlere Szenario rechnet bis 2045 mit einem Ausländeranteil von 39 %.

Folie 51

Punkto Anpassung an den Klimawandel geht es in den «steinernen» Städten u.a. um Entsiegelungen oder Windkanäle. – Just die Corona-Zeit hat den (sowieso schon vielfältigen) Druck auf den öffentlichen Raum gezeigt.

Folie 52

Immobilien BS, die PKBS und die Gebäudeversicherung wollen mit einem Massnahmenplan erreichen, dass ältere Menschen, die schon lange und günstig in einer Wohnung leben, während die Kinder ausgezogen sind und der/die Partner/in allenfalls verstorben ist, eine neue kleinere Wohnung zu denselben Konditionen angeboten erhalten – um so grosse Wohnungen frei zu machen. Dafür muss man im schlechteren Fall das Quartier wechseln; es gibt aber Bestrebungen, damit die sozialen Netze trotzdem erhalten werden können. – Eine neuere Studie von Carlo Knöpfel zeigt, dass in der Schweiz mindestens 8 % aller Pensionierten ohne unterstützende Familienangehörige leben, speziell Frauen.

Folie 53

Mehr ältere Menschen werden über die Belange des Kantons bestimmen. Eine jüngere Wählerschaft – um deren Zukunft es geht – stimmt anders (wie jüngst auch Umfragen in Deutschland gezeigt haben), sie kann sich aber nicht durchsetzen. Hier gilt es, neue Möglichkeiten der Partizipation auszuloten.

Folie 54

Ein Blick auf die Zahlen und die Mega-Trends wirft sehr viele Fragen auf. Die Zahlen helfen, die Entwicklung einzuschätzen und Grundlagen zu erhalten, um strategisch zu planen.

Karin Berger (BE) fragt, wie die Ausländerzusammensetzung in der älteren Bevölkerung ist.

Barbara Alder verweist auf die Erhebungen der Statistischen Ämter.

7. Referat **Céline Neuenschwander**, Researcher Smart Government, Avenir Suisse: «Es wird ernst mit dem demografischen Wandel!»

Ergänzende Protokollierung zur Folien-Präsentation (Folien 56 bis 85)

Folie 58

Céline Neuenschwander nennt verschiedene Faktoren zur Bevölkerungsabnahme in Europa, etwa die Geburtenrate.

Folie 59

Obwohl die Bevölkerung weniger wird, wird sie trotzdem älter – die geburtenstarken Jahrgänge sind oder gehen in Pension.

Folie 61

Die Zustimmung in der Bevölkerung zu einer Schuldenbremse in der Altersvorsorge schwindet markant ab der Gruppe 55+. Die jüngere Generation denkt hier anders.

Folie 62

Wenn man die Beteiligung nach Alter an den Abstimmungen – der Peak liegt bei 70 Jahren – in Bezug stellt zur vorherigen Frage einer Schuldenbremse, kann man schnell erkennen, was möglich oder nicht möglich ist.

Folie 63

Die Erwerbstätigkeit im Alter nimmt zu – anteilmässig wie auch in absoluten Zahlen.

Folie 64

Es ist wichtig zu erwähnen, dass die Teilzeitarbeit auf Freiwilligkeit beruht.

Folie 66

Das Sicherungssystem stammt immer noch aus den 1970er Jahren. Zugleich muss man dem veränderten Umfeld gerecht werden – mit den drei aufgezeigten Reformfeldern.

Folie 67

Man kennt heute eine neue Form des selbstständigen Angestellten. Hier wäre ein BVG-Obligatorium denkbar.

Folie 70

Eine Koppelung der PK an die *Person* würde helfen, gerade bei Stellenwechseln oder Mehrfachanstellungen.

Folie 77

Die Schweiz mit der zweithöchsten Lebenserwartung hat immer noch ein Pensionsalter von 65 Jahren. Viele europäische Länder kennen trotz einer tieferen Lebenserwartung ein Rentenalter von 67 oder 68 Jahren.

Folie 78

In der Schweiz ist der Umwandlungssatz immer noch eine heilige Kuh.

Folie 84

Die Strukturen funktionieren immer mehr zu Ungunsten der Entwicklungen (Mehrfachangestellte, Teilzeitangestellte).

8. Diskussionsrunde

Lisa Stalder beginnt mit einer Frage, die Michelle Lachenmeier in der Eröffnungsansprache angetippt hat: Die demografischen Veränderungen passieren nicht von heute auf morgen – es sind Prozesse, die sich über viele Jahre entwickeln. Die Politik aber ist in den Alltag eingespant; man will Resultate sehen – und alle vier Jahre sind Wahlen. Es stehen aber auch Geschäfte an, die langfristig geplant sein müssen – was im hektischen Alltag nicht ganz einfach ist. Welche Sicht haben die Referentinnen auf die Politik? Woran krankt sie? Sind z.B. kleinere, iterative Schritte (wie angesprochen; s. Folie 54) sinnvoll?

Céline Neuenschwander denkt nicht, dass das Thema zu wenig auf der Tagesordnung der Politik ist – im Gegenteil, man redet ja immer wieder davon. Es ist aber ein etwas undankbares Thema, weil die entsprechenden Lösungsansätze bzw. Resultate eher in der Zukunft sichtbar werden. Das macht es nicht unbedingt attraktiver für einen Politiker, der vielleicht auch an seine eigene Wahlgruppierung denkt: Man kann sich mit grossen Sprüngen eben auch auf die Äste hinauslassen.

Gertrud Häseli sagt, die politische Arbeit stehe immer zwischen Budget und Rechnung. Das Geld und die Finanzierungen stehen im Mittelpunkt. «Zeitwohlstand» ist darum das neue Lieblingswort der Rednerin (es stammt aus der SRF-Sendung «Trend»). Die unbezahlte Zeit, die man zur Verfügung hat, etwa nach der Pensionierung, ist ein grosser Wert, der eingerechnet werden muss. Als Seniorin sollte man keine Angst haben, dass man nicht mehr betreut wird – es sind ja so viele Leute um einen herum, die etwas leisten können und für die man etwas leisten kann. Diese Perspektive auf das Alter und das Leben muss verstärkt werden. Unbezahlte Arbeit, die heute vor allem von Frauen geleistet wird, müssen wir gemeinsam leisten. Da muss man Lösungen finden, damit diese Themen in die Wirtschaftskreisläufe und den gesellschaftlichen Kontext einfließen.

Lisa Stalder fragt Barbara Alder nach den kleinen [«iterativen»] Schritten, die mehr Agilität erlauben. Wie erlebt die Referentin die Politik?

Barbara Alder ist von der Arbeit her nahe an der Politik: Wenn man sich um die Stadtentwicklung kümmert, sind viele der Themen politisch. Die Rednerin kann dies etwa an der Kollegin aus der Abteilung Wohnen beobachten, welche die Wohnschutzinitiativen umsetzt bzw. Vorschläge dazu erarbeitet. Die Politik ist nahe und auch präsent. Die Fähigkeit zum schnellen Agieren führt aber zu einem anderen Spannungsfeld – zur Stabilität, die in der Verwaltung zu erleben ist, oder in der Demokratie spielt. Das braucht es ja auch – man kann nicht jedem neuen Trend sofort nachgeben. Es braucht Stabilität, Belastbarkeit – aber auch Budgettransparenz. Es herrscht also in der Organisationsform ein Spannungsverhältnis: Man denkt in Jahreszyklen – und zugleich ändert sich die Welt sehr schnell. Da sind alle Player gefragt. Es ist aber zu erleben, dass man in kleinen Schritten zu Lösungen findet.

Die Politik hat vielleicht nicht die Zeit, die neuesten Studien zu lesen, sagt **Lisa Stalder** an die Adresse von Johanna Probst. Ist das ein Problem? Oder gibt es ein gewisses Verständnis?

Johanna Probst hat den Eindruck, dass der Grundsatz des *fact-based policing* sehr konsensuell ist. Die Entscheidungsträger, so die persönliche Wahrnehmung, interessieren sich durchaus für diese Fragen. Dass sie aber nicht die Zeit haben, sich vertieft damit auseinanderzusetzen, ist klar. Darum ist es richtig, dass Veranstaltungen wie diese Tagung stattfinden, an dem auch das BfS beteiligt ist – es muss über die Erarbeitung einer Faktenbasis hinaus auch den Wissenstransfer in andere Gesellschaftsbereiche sicherstellen. In der Schweiz besteht in vielen Bereichen eine gute Faktenbasis – sie ist eine notwendige, aber nicht hinlängliche Bedingung, um politische Entscheidungen oder Veränderungen herbeizuführen. – Ein Wort aber zur Migration: Es wurde herausgestrichen, dass der Ausländeranteil weiter ansteigen wird – ein substanzieller Anteil der schweizerischen Wohnbevölkerung ist damit vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Das ist eine Entwicklung, die man im Auge behalten muss. In den Erhebungen, welche die ganze Wohnbevölkerung berücksichtigen, stellt man fest, dass teils stark diskrepante Ergebnisse im Vergleich zu den Volksabstimmungen heraus kommen. Das soll als Thema in den Raum gestellt werden.

Lisa Stalder kommt auf einen Punkt zurück, den David Jenny angesprochen hat. Der Politik wird ja auf dem Podium ein gutes Zeugnis ausgestellt – trotzdem gibt es Momente, in denen man sich fragt, wie ein bestimmtes Resultat herauskommen konnte («man hat es doch gewusst»). Wenn man doch so viel weiss – wie kommt es, dass es dann doch nicht klappt? Etwa wenn altersgerechte Wohnungen fehlen. Oder wenn Wohnbauprojekte an der Gemeindeversammlung Schiffbruch erleiden.

Gertrud Häseli stellt sich die Frage, was es braucht, damit die Leute ihr Wohneigentum verlassen und eine Mietwohnung beziehen. Alt Regierungsrat Roland Brogli hat einmal bei einer Steuergesetzgebung gesagt: «Macht kein Steuergesetz für euch selbst.» Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wissen alle, dass sie unter sich einen überproportionalen Anteil an Eigenheimbesitzern haben – und ein grosser Teil der gesetzlichen Grundlagen dies begünstigt. Wenn also die Wohnbaugenossenschaft die Zinsen halbieren würde, wäre sie immer noch teurer im Vergleich zu den Kosten, welche die Eigenheimbesitzer für ihr Wohneigentum haben. Das verhindert natürlich, dass das Wohneigentum verlassen wird. Der politische Wille zu einer Veränderung ist klein, weil man vom System profitieren kann.

Lisa Stalder hat vor einigen Tagen ein Podium zum verdichteten Bauen geleitet – und dort gehört, dass das Wohneigentum in der Schweiz tabu ist; dies als Ergänzung. Zurück zur Ausgangsfrage: Wie hat es – vielleicht aus Sicht der Forschung – «soweit kommen können»?

Johanna Probst erinnert an das Wort des Soziologen Max Weber: «Politik ist das langsame Bohren von harten Brettern.» Es ist im schweizerischen Politiksystem angelegt, dass die Prozesse Zeit brauchen; dass es auf Skepsis stösst, wenn schnell gehandelt wird (etwa bei Covid). Die Rednerin hat keine abschliessende Antwort auf die Frage. Die politische Beteiligung läuft aber nicht nur über die institutionalisierten Gefässe – der Bürger stimmt ja durch die Datenspuren, die er hinterlässt, oder seine alltäglichen Entscheidungen z.B. in der Mobilität immerzu ab (Stichwort Abstimmen mit den Füßen oder mit dem Portemonnaie).

Céline Neuenschwander sagt, dass man in den verschiedenen Kantonen sehr unterschiedliche Trends erkenne, was das Wohnen im Alter angeht. In der Romandie etwa ist der Wunsch

viel stärker, in den eigenen vier Wänden alt zu werden, als in der Deutschschweiz. Das ist nicht homogen. Es wäre zu prüfen, woran dies liegt.

Nadine Vögeli (SO) kann es verstehen, dass ältere Menschen nicht aus ihren Eigenheim ausziehen wollen, weil sie dann mehr Miete bezahlen müssen. Es gibt aber z.B. eine Seniorenresidenz in Thailand, in der man Wohneigentum auf Zeit kaufen, aber nicht weiter verkaufen kann. Damit entfällt dann die Miete. Ein solches Modell wäre auch hier denkbar: Man kauft Wohneigentum, das dann wieder an die Gemeinde oder die Genossenschaft geht. Damit könnte man tiefe Wohnkosten garantieren.

Barbara Alder merkt an, dass die Abgabe von Boden im Baurecht, wie man es in Basel kennt, dieses Modell weiterdenkt.

Sara Gabi Schönenberger (BE) hat nicht nur Fragen, sondern will auch ein Fazit ziehen: Wie kann man den sozialen Frieden und die finanzielle Sicherheit aufrecht erhalten? Sind neue Vereinbarungen und Gesetze oder Anpassungen notwendig? Es stellt sich auch die Verteilungsfrage, beispielsweise betreffend Vermögen, Wohnraum und Partizipation – zwischen den Geschlechtern, aber auch den Generationen; man konnte etwa hören, dass Altersarmut weiblich ist. Müsste bei jeder Gesetzesänderung eine verbindliche Prüfung der Generationengerechtigkeit erfolgen? Diese darf ja nicht bloss einseitig spielen. Zudem wandeln sich die Lebensmodelle. Gibt es konkrete Optionen, mehr Generationengerechtigkeit und -solidarität zu erreichen?

Céline Neuenschwander sagt zu konkreten Möglichkeiten für Projekte zur Innovationsförderung: Die Schweiz hat den Vorteil, dass sie mit dem Subsidiaritätsprinzip und dem Föderalismus verschiedene Dinge ausprobieren kann; wenn man etwa an das Rauchverbot denken, das zuerst im Tessin eingeführt wurde. Es soll darum an den Mut der Kantonsparlamentarier appelliert werden, neue Dinge auszuprobieren – zumal man sie auch wieder rückgängig machen kann. Die Kantone können also als Testlabore fungieren.

Barbara Alder ergänzt zur Frage der Generationengerechtigkeit: Das berührt die Bandbreite dessen, was man unter nachhaltiger Entwicklung versteht. Dort geht es ja um Werterhaltung, Ressourcenschonung und Handlungsfähigkeit. Man schaut also diesen Gerechtigkeitsgedanken

in der Regel nicht nur innerhalb einer Generation, sondern über die Generationen hinaus an.

Die grösste Ungerechtigkeit in der Generationenfrage dürfte den finanziellen Aspekt betreffen, sagt **Gertrud Häseli**. Das Kapital liegt einseitig bei der älteren Generation. Wie kann man eine flachere Verteilung erreichen? Vielleicht muss man auch an eine non-monetäre bzw. Zeitlösung denken – und sich von den Geldkreisläufen lösen bzw. die Zeit anders einsetzen.

Céline Neuenschwander fügt an, dass man auch überlegen müsse, wie man an die jüngeren Stimmenden herankommt. Vielleicht haben sie eine andere Mediennutzung. Diesem Punkt muss man auch gerecht werden.

Andreas Bammatter (BL) fragt, warum man immer noch von drei und nicht von vier Generationen ausgeht? Und: Die Kapitalschere geht schnell auf. Es fängt bei der ersten und zweiten Generation an. Man hat damit im Zeitpunkt der Pensionierung grosse Unterschiede. Wenn man im Büro arbeitet, kann man dies bis 70 machen. Wenn man aber auf einer Baustelle arbeitet, ist man vielleicht mit 55 Jahren so stark geschwächt, dass man nicht bis 67 arbeiten kann. Es ist zu verstehen, dass das Rentenalter aus wirtschaftlichen Gründen erhöht werden müsste. Wenn man dies aber nicht flexibel handhabt, wird man viele Leute verlieren.

Das Problem ist **Céline Neuenschwander** bewusst. Nicht alle Arbeiten haben die gleiche Auswirkung auf die körperliche Verfassung. Auch auf einer Baustelle haben nicht alle Tätigkeiten dieselben Auswirkungen.

Andreas Bammatter (BL) fragt zurück, ob man heute angesichts des hohen Leistungsdrucks bereit ist, die Leute mitzuziehen. In der Landwirtschaft hat man die ältere Generation früher ins Stöckli gegeben; sie hat bis ins hohe Alter nach ihren Möglichkeiten etwas geleistet und war Teil der Gemeinschaft. In der Wirtschaft wird man ausgesteuert – und ist dann auf sich alleine gestellt. Mit 55 Jahren kommt man heute nicht mehr rein in eine Firma.

Céline Neuenschwander verweist auf ihre Präsentation: Wenn man eine Glättung der Abgaben erreicht, ist schon viel gewonnen.

Andreas Bammatter (BL) verweist auf Modelle in der Gastronomie, wo – angesichts einer gleichen Arbeit – gleiche Abgaben für die 2. Säule geleistet werden.

Markus Dudler (BL) fragt: Ist es angesichts der demografischen Entwicklung in Zukunft überhaupt noch sinnvoll, die Finanzierung der Altersvorsorge an das Einkommen zu koppeln? Oder wäre eine Art steuerfinanziertes Grundeinkommen im Rentenalter in Kombination mit der 3. Säule sinnvoll? Dies in Anbetracht, dass die heutige Finanzierung ein Konfliktpotenzial zwischen den Generationen kennt.

Céline Neuenschwander spricht von einem interessanten Punkt. Wenn man ein solches Modell wählen würde, so darf man doch nicht vergessen, dass eine Eigenverantwortung der Sparer notwendig ist. Vielleicht müsste man bereits in der Schule erklären, wie das System funktioniert («was ist die Säule 3a?»). Ein besserer Wissenstand bereits im Jugendalter wäre sinnvoll; damit man allenfalls solche Modelle verwenden könnte.

Marianne Hazenkamp (BS) fragt zur Flexibilisierung des Rentenalters: In der Schweiz sei dies eine heilige Kuh, so hiess es. Gibt es in Europa eine solche Flexibilisierung des Rentenalters? Und: Wenn es heisst, die Kantone sollten ein Labor sein – was könnten sie tun?

Barbara Alder hat keine unmittelbare Antwort auf diese Frage, die ins Parlament und in die Politik zurückgespielt werden soll.

Céline Neuenschwander sagt, dass die Frage natürlich in anderen europäischen Ländern einen Diskussionsbedarf ausgelöst habe: Man denke etwa an die Diskussionen mit den Lokführern vor eineinhalb Jahren in Frankreich. Die Rednerin müsste aber zur Beantwortung der Frage die Fakten kurz nachschlagen. Das kann bilateral angeschaut werden.

Für **Andrea Knellwolf** (BS) stellt sich je länger, desto mehr die Frage, ob man nicht wirklich über ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Schweiz nachdenken müsste.

Gertrud Häseli unterstützt diese Forderung sofort. Als Bäuerin kennt sie das Grundeinkommen bereits [*Heiterkeit im Saal*]. Das ermöglicht die politische Arbeit oder andere Tätigkeiten ohne grosse Entschädigungen. Die steuerfinanzierte Altersvorsorge ist ein spannender Ansatz. Auch die grosse Frage der Altersvorsorge der wenig verdienenden Frauen könnte mit einem Wisch gelöst werden. Man ist derart arbeits- und geldzentriert – und verliert das Leben aus den Augen. Die Menschen werden trotz bedingungslosem Grundeinkommen ihren Beitrag leisten.

Die nächste Gruppe, die ein solches Einkommen erhalten müssten, sind die Wirte – mit einem Restaurant kann man seinen Lebensunterhalt heute kaum noch verdienen.

Céline Neuenschwander will sich nicht für ein solches Grundeinkommen einsetzen, sondern eher dafür, dass man in diesem Land wieder vermehrt dazu stehen kann, dass Wettbewerb und Leistung etwas Gutes sind – und dass dem Zeitgeist, der eher eine andere Sprache spricht, ein Gegenpol entgegen gesetzt wird.

Barbara Alder sagt, dass die unterschiedlichen Antworten vom Podium auch mit den jeweiligen Rollen zu tun haben. Die angesprochenen Fragestellungen sind sehr spannend, denn sie haben Auswirkungen auf die Organisation der Stadt.

Johanna Probst spricht eine grosse Fülle an sozialwissenschaftlicher Forschung zu diesem Thema an. Es gibt etwa eine sehr rezente und bislang unveröffentlichte Studie über den Zusammenhang zwischen Sozialhilfe und Kriminalität. Wenn man weniger auszahlt, führt dies zu einem Anstieg der Kriminalität; und die soziale Kohäsion leidet, so deren erste Ergebnisse. Das ist aber ein etwas anderer Zugang.

Aus ihrer Gemeinde weiss **Gertrud Häseli**, dass zu den direkten Sozialhilfekosten noch Gesundheitskosten in gleicher Höhe hinzukommen. Es ist also die Huhn-Ei-Frage. Die Sozialhilfebezügler, die mit sehr wenig Geld auskommen müssen, kosten dann via Gesundheitskosten nochmals so viel; weil sie schlechte Lebensbedingungen haben.

Raffaella Hanauer (BS) nimmt Bezug auf die Aussage, wonach sich die Schweiz wieder zum Wettbewerb bekennen sollte: Man sollte an dieser Tagung auch über Chancengleichheit sprechen. Auf dem Podium und in den Zuschauerreihen sieht man hauptsächlich weisse Personen. Wenn man die Nachnamen der Referentinnen anschaut, dann ist da eine grosse Tendenz zu einem Nicht-Migrationshintergrund zu erkennen – gleichzeitig wurde in allen Referaten gesagt, dass der Migrationshintergrund in der Bevölkerung zunimmt. Da gibt es grosse Herausforderungen, die auf uns zukommen. Da ist die Integrationsfrage, es geht aber auch um die Chancengleichheit. Es wäre spannend, aus den unterschiedlichen Blickwinkeln zu hören, was die Politik tun kann, damit man diese Fragen in Zukunft besser beantworten kann – und man

nicht bloss einen kleinen Teil der Gesellschaft hat, der für alle entscheidet.

Gertrud Häseli unterstützt dieses Votum voll und ganz. Die Aargauer Zeitung hat kürzlich einen Artikel über die Gemeinde Buchs veröffentlicht: «Wir entscheiden demokratisch über unsere Zukunft», hiess es da. Die Stimmberechtigten machen aber nur 50 % der Bevölkerung aus. Wenn man von den Kantonen als Laboren spricht, kann man doch dort diesen Weg zur Erweiterung der Demokratie gehen. Beim Frauenstimmrecht wurde gesagt, es gehe um Personen, die Steuern zahlen, weshalb man ihnen das Stimmrecht geben müsse. Heute gibt es eine andere Gruppe von Menschen, die Steuern zahlt, aber nicht stimmen kann. Man verliert damit nichts – im Gegenteil: Man gewinnt etwas.

Barbara Alder sagt: In Basel-Stadt wurden Motionen überwiesen, wonach auch die 16-Jährigen bzw. Einwohnerinnen und Einwohner ohne Schweizer Pass das Stimmrecht erhalten. Die Rednerin ist nicht als Politikerin eingeladen. Die Motionen zeigen aber, dass es dieses Thema gibt. Bei der Chancengleichheit oder -gerechtigkeit weiss man aus der Forschung: Man müsste etwa bei der Bildung anfangen – Gleichheit ist gefordert, aber schwer erreichbar. Auch z.B. die Familien spielen eine enorme Rolle, wenn es um die Bildungsbiografie geht. Aus Bewerbungsverfahren andererseits weiss man, dass der Name oder das Foto eine Rolle spielen. Da berührt man ganz viele Aspekte. Dies muss aber die Politik beantworten.

Lisa Stalder erinnert an das Stichwort vom Stimmrecht ab 0 Jahren.

Céline Neuenschwander betont zwei Dinge: «Gerechtigkeit» wird unterschiedlich interpretiert. Geht es darum, dass alle genau gleich viel haben – oder dass alle etwas aus sich machen können? Und: Man kann in den Daten sehen, dass der Leistungswille gerade unter Secondos höher ist als unter Personen, die schon länger hier sind und deren Eltern oder Grosseltern z.B. Unternehmer sind. Das ist eine sehr spannende Entwicklung.

Johanna Probst führt ein Ergebnis aus der BfS-Küche an. Es gibt eine Erhebung zum Zusammenleben in der Schweiz, das als eine Art Monitoring gedacht war – um zu beobachten, wie man mit bisherigen und neuen Diversitäten der Schweiz umgeht. Da ist die ganze Wohnbevölkerung einbezogen. Man sieht nun – was aber mit relativ hoher Vorsicht zu werten ist –, dass

bei der Bevölkerung der Schweiz mehr Offenheit etwa bei den Rechten der ausländischen Bevölkerung in Entwicklung ist. Das hat auch mit dem demografischen Effekt zu tun, dass die junge Generation viel mehr in der Migrationsgesellschaft Schweiz aufgewachsen ist; dass sie ein Verständnis hat, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist. Die Prozesse sind also lange schon angestossen. – Damit zur Frage, ob man Veranstalterinnen einen Strick daraus drehen soll, dass sie keine Personen mit einem zumindest sichtbaren Migrationshintergrund eingeladen haben. Das ist eher zu verneinen. Mit der Zeit wird sich das lösen. Eben weil die junge Generation – auch etwa in der Klimafrage – anders eingestellt ist. Auch das Wahlrecht ist da betroffen.

Oliver Thommen (BS) stellt fest, dass die Vorausberechnungen immer sehr linear aussehen. Man weiss aber nicht, was in den kommenden 20 Jahren alles passiert. Wenn man den Blick zurück wendet, hat man viele disruptive Effekte wie etwa wirtschaftliche Einbrüche. Wie fliesst dies in die Prognosen ein? Wie geht man damit um, dass man ja nicht weiss, was in 20 Jahren passieren wird?

Man muss die Unsicherheiten mitprojizieren, sagt **Johanna Probst**. Ein Szenario ist eben keine Prognose. Man zeigt eine vermutete Entwicklung auf. Es wäre aber interessant, ein frühes mit dem jüngsten Szenario zu vergleichen. Die Migration ist der Hauptfaktor der Entwicklung, der aber zugleich am schwersten vorauszusagen ist – und auch relativ schnell reagiert. Das muss man also mit grosser Vorsicht geniessen. Weitere Hypothesen, die einfließen, beziehen sich auf die Geburtenhäufigkeit und die Sterblichkeit etc. Was die verschiedenen Elemente genau beeinflusst, scheidet die Geister in der Sozialforschung – etwa in der Frage, wie gross der Einfluss der Migrationspolitik auf die Migration ist. Oder: Wenn die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit besser wird, könnte dies einen signifikanten Einfluss auf die Kinderzahl der Frauen haben.

Heinrich Ueberwasser (BS) sagt, dass die Nordwestschweiz Teil eines trinationalen (funktionalen Wirtschafts-)Raumes sei. Wie weit spiegeln die Aussagen der Referentinnen diese Tatsache bzw. was würde sich ändern, wenn man diese Realitäten und Entwicklungen einbezieht?

Barbara Alder sagt, dass man sich dieser Umstände in Basel sehr wohl bewusst sei; Basel ist die Kernstadt einer grossen trinationalen Agglomeration. Es ist ein Lebensraum, der etwas künstlich von nationalen und kantonalen Grenzen durchtrennt ist. Die Leute kommen nach Basel, um zu arbeiten. Wenn die Rednerin aber auf die Entwicklungen schaut, baut sie auf die Zahlen von Basel-Stadt – und es ist ein grosses Thema, die Zahlen zu erhalten, die für den ganzen Lebensraum gelten. Jedes Land erhebt seine Zahlen anders. Es ist unglaublich. Die Schwierigkeit beginnt, wenn man Zahlen will, um evidenz-basiert entscheiden zu können.

Mirjam Würth (BL) nimmt den Punkt «One person, one vote» auf: Das würde alle Fragen vom Tisch wischen: Es würde den jungen Menschen mehr Gewicht geben, die mehr Offenheit zeigen, etwa bei der Schuldenbremse. Es würde auch das Thema Migration bzw. die Anbindung von Menschen mit Migrationshintergrund lösen. Es ist zwar hypothetisch – aber: Wie würde sich dies auf die Statistik und den Thesenspiegel auswirken?

Céline Neuenschwander sagt, dass die Stimmbeteiligung nicht bei 100 % liegt. Man müsste also wissen, wie viele Leute neu abstimmen gehen würden. Dann spielen noch weitere Faktoren: Etwa, wenn man sagt, es wären ja bloss die Eltern, die (für ihre Kinder) abstimmen. Oder wenn man annimmt, dass die Menschen mit guter Bildung abstimmen gehen. Eine Erweiterung würde nicht dazu führen, dass 100 % abstimmen. Die Teenager sind nicht eine homogene Gruppe.

Christian Minder (AG) fügt einen Gedanken zum Thema der steuerfinanzierten Altersvorsorge an: Als die AHV konstruiert wurde, waren es ja die Menschen, die arbeiteten und einzahlten. Inzwischen arbeiten viel mehr Maschinen oder Computer für uns. Das hat das Leben vereinfacht. Es führt auch dazu, dass man nicht mehr so lange arbeiten muss. Eigentlich sind es ja diese Maschinen, die in die AHV einzahlen müssten – wenn man das weiterdenkt. Darum würde es wohl Sinn machen, wenn die Altersvorsorge dementsprechend anpasst. Etwa indem man MwSt-Beiträge in die AHV fliessen lässt.

Die Maschinen arbeiten nicht für uns, sagt **Céline Neuenschwander** – sondern *mit* uns. Es gibt keine digitalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit. Es gibt verschiedene Grafiken, welche auf-

zeigen, dass die Arbeitslosigkeit in Ländern mit einem erhöhten Digitalisierungsgrad abnimmt. Und zur Aussage, dass man weniger arbeite: In Zukunft wird es immer mehr so sein, dass die klare Trennung Arbeit/Freizeit mehr und mehr verschwinden wird. Man mag das gut oder schlecht finden. Es geht aber nicht darum, dass man rund um die Uhr arbeitet. Die Arbeit wird aber als Teil der persönlichen Identität verstanden. Was auch mehr Flexibilität fordert. Das Home Office war wie ein Startschuss, der bestimmte Bewegungen ausgelöst hat. Man kann aber über die Voraussetzungen diskutieren, was überhaupt Arbeit ist – und welche Finanzierungsmöglichkeiten notwendig sind.

Es wird immer über Stimmrechtsalter 16 diskutiert, sagt **Karin Fisli** (BE), die eine ketzerische Frage hat: Warum spricht man nicht darüber, das Abstimmen und Wählen ab 70 zu verbieten?

Lisa Stalder hätte noch viele Fragen stellen wollen, muss die Diskussion aber mit Blick auf die Uhr abbrechen – sie nimmt aber viele Eindrücke mit.

Michelle Lachenmeier hätte – wie auch Lisa Stalder – noch einige Fragen gehabt. Sie dankt allen Referentinnen und der Moderatorin, die ein Bhtis erhalten: Es sind keine Lächerli, sondern es ist der neue Basler Staatswein. Genaugenommen ist es der Staatswein von Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Er wurde gemeinsam gekürt und stammt aus dem Baselbiet. Ganz im Sinne der interkantonalen Zusammenarbeit. *[Applaus]*

9. Information zur Revision der IPK-Vereinbarung

Die von der IPK angestossene Revision der Vereinbarung wurde in der Zwischenzeit von allen fünf Kantonsparlamenten genehmigt, sagt **Michelle Lachenmeier**. Damit ist die neue Vereinbarung wirksam. Sie soll in allen fünf Kantonen per 1.1.2022 in Kraft gesetzt werden. Neu ist es möglich, dass die IPK sich öffentlich verlautbaren lässt, also eine Erklärung zuhänden der Kantonsparlamente oder Kantonsregierungen abgibt. Man darf gespannt sein, wie dieses Instrument sich in der Praxis entwickeln wird.

Auch darf heute noch über etwas weiteres Erfreuliches informiert werden. Der Kanton Jura hat am 6. September 2021 ein Beitritts-gesuch gestellt. Das zeigt, dass Interesse an der IPK

besteht. Mit dem Beitritt des Kantons Jura wäre dann die ganze Nordwestschweiz in der IPK abgebildet. Es ist aber noch verfrüht, hier den Beitritt zu verkünden. Denn nun muss zuerst der entsprechende Prozess eingeleitet werden. Das Beitritts-gesuch muss von der IPK beraten und schliesslich auch von den fünf Kantonen beschlossen werden. Es wird dann die Aufgabe des neuen Präsidiums der IPK sein, diesen Prozess und die erneute Revision der Vereinbarung aufzugleisen.

10. Wahl des IPK-Präsidiums 2022 und 2023 (Kanton Bern)

Der Berner Grossrat **Walter Schilt** wird per Akklamation gewählt.

Michelle Lachenmeier gratuliert zu dieser Wahl und wünscht alles Gute für die Präsidialzeit. Der kommende Präsident hat einmal gegenüber einer Ortszeitung seine Grundhaltung offenbart. Als Lebensmotto hat er das Folgende gesagt: Es gebe drei Dinge, die man nicht zurückholen kann: das Wort, das gesagt wurde; die Zeit, die vergeudet wurde; die Chance, die ungenutzt geblieben ist. In diesem Sinne hofft wünscht die Rednerin, dass Walter Schilt in seinen Präsidial-jahren jeweils die richtigen Worte findet (vielleicht oder gerade auch in einer offiziellen Erklärung der IPK), dass er die IPK-Sitzungen und Tagungen nicht als Zeitverschwendung, sondern als Bereicherung wahrnimmt – und last but not least, dass allfällige Chancen, die in seiner Präsidialzeit aufkommen, genutzt werden. Mit dem Beitritts-gesuch des Kantons Jura dürfte sich bereits eine solche Chance für die IPK bieten.

Walter Schilt sagt, dass Michelle Lachenmeier das Präsidium fliegend und virtuell übernommen hat (es hat in der Vorbereitungsgruppe Leute, die sich heute erstmals live sehen). Dieses Präsidium wurde – unterbrochen sogar durch eine Mutterschaft – sehr gut geführt, weshalb die abtretende Präsidentin einen kleinen Blumenstrauss erhalten soll. *[Applaus]* Auch Heinrich Ueberwasser, Präsident im 2020, wurde bloss virtuell verabschiedet, hat aber ebenfalls hervorragende Arbeit geleistet – und erhält ebenfalls ein Dankeschön. *[Applaus]*

Ein Wort noch zur Tagung: Als man die Rednerliste zusammengestellt hat, sagte jemand: Das sind ja nur Frauen. Der Redner hat die Welt

nicht mehr verstanden. Ansonsten dominieren ja immer die Männer.

11. Schlusswort durch die **Präsidentin**
der IPK

Michelle Lachenmeier dankt für die Teilnahme an der Tagung und schliesst den offiziellen Teil mit der Einladung zum Stehlunch.

12. Stehimbiss in Vorzimmer des Gross-
ratssaales